

Streikende Arbeiter verhaftet und ausgewiesen

Wie der Stadtstaat mit ausländischen Arbeitskräften umgeht, die eine bessere Bezahlung fordern

Es war der erste Streik seit mehr als 25 Jahren in Singapur und das Vorgehen der Behörden gegen die Streikenden war so drastisch, wie man es in einem Land erwarten konnte, in dem die grundlegenden Organisations- und Versammlungsrechte von Arbeitenden bis heute nicht im vollen Umfang gewährt werden.

Was war geschehen? Am Morgen des 26. November waren mehr als 170 Busfahrer des staatlichen Transportunternehmens SMRT nicht zum Dienst erschienen, am folgenden Tag waren noch immer 88 der Fahrer im Ausstand (SMRT betreibt neben drei der insgesamt vier MRT-Linien Singapurs eine Vielzahl an Busverbindungen auf der Insel sowie Taxidienste). Die streikenden Fahrer, alle ausnahmslos Arbeitsmigranten aus der Volksrepublik China, machten mit der Arbeitsniederlegung auf ihre, im Vergleich zu ihren Kollegen aus Singapur oder Malaysia, deutlich schlechteren Gehälter und Arbeitsbedingungen aufmerksam.

Seit Juli 2012 hat SMRT, ein Tochterunternehmen der staatlichen *Temasek Holding* und einer der beiden wichtigsten Nahverkehrsunternehmen des Stadtstaats dazu verpflichtet, sechs statt bisher fünf Tage in der Woche zu arbeiten. Als Ausgleich für die Mehrarbeit erhalten Busfahrer aus Singapur wöchentlich 150 Singapur-Dollar – ein Singapur-Dollar entspricht etwa 0,62 Euro – mehr Gehalt, bei Fahrern aus Malaysia beträgt der wöchentliche Aufschlag immerhin noch 50 Singapur-Dollar. Die Fahrer aus China dagegen sollten keine zusätzlichen Zahlungen für die Ausweitung der Wochenarbeitszeit erhalten. Bei SMRT stammen etwa 450 der insgesamt 2.000 als Busfahrer Beschäftigten aus der Volksrepublik.

Bisher nutzten die Fahrer aus der Volksrepublik die Fünf-Tage-Woche, um ihr im Verhältnis zu ihren Kollegen aus Singapur und Malaysia deutlich niedrigeres Einkommen über zusätzliche Überstunden auszugleichen. Nach ersten Protesten wurde den Fahrern im Oktober eine Lohnerhöhung um 25 Singapur-Dollar angeboten – zu wenig aus Sicht der betroffenen Fahrer, um den durch die verlängerte Wochenarbeitszeit entstandenen Verdienstausschlag auszugleichen.

Nachdem offensichtlich weitere Gespräche mit dem Arbeitgeber zu keiner für die Migranten zufriedenstellenden Lösung führten, legten die Arbeiter Ende November dann ihre Arbeit nieder, um so auf ihre Situation aufmerksam zu machen und ihren Forderungen nach besserer Bezahlung Nachdruck zu verleihen. Auf Unterstützung durch den *staatlichen Gewerkschaftsbund* NTUC, bei dem weniger als 10 Prozent der Fahrer organisiert sind, konnten sie dabei nicht hoffen.

Aus Sicht der Behörden handelte es sich hierbei eindeutig um einen so genannten »illegalen« Streik, da die Arbeitsniederlegung in einem für die öffentliche Ordnung wichtigen Wirtschaftssektor wie dem Nahverkehr stattfand und die Arbeiter nach Ansicht der Regierung auch nicht die für Streiks in diesen Sektoren vorgeschriebene 14-tägige Ankündigungsfrist eingehalten hatten, die den zu bestreikenden Unternehmen Gelegenheit geben soll, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen.

Die staatlichen Medien erweckten bis hinein in die Leserbriefspalten den Eindruck, dass auch in der Bevölkerung der Streik mehrheitlich als illegal und die Forderungen der chinesischen Fahrer als nicht gerechtfertigt betrachtet wurden. Das würde sich decken mit einer insgesamt kritischen und ablehnenden Haltung weiter Teile der Bevölkerung gegenüber Arbeitsmigranten – vor allem jenen eher niedrig qualifizierten Migranten, denen man vorwirft, einheimischen Arbeitssuchenden Jobs wegzunehmen und für die Preissteigerungen bei Wohnungen, Lebensmitteln und Energiekosten verantwortlich zu sein.

Als die oppositionelle *Workers' Party* (WP) im Mai 2011 deutliche Stimmengewinne bei der Parlamentswahl verzeichnen konnte, führten viele Beobachter dies unter anderem auch auf die deutliche Kritik der WP an der Zuwanderungspolitik der regierenden *People's Action Party* (PAP) zurück. Die zumeist

Busverkehr in
der Innenstadt.
Fotos: Genia
Findeisen





Skyline von Singapur.

gegenüber Arbeitsmigranten in den unteren Beschäftigungssegmenten bestehenden Ressentiments übersehen aber zumeist ganz bewusst die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Migranten. Auch der Streik der chinesischen Busfahrer hat nur wenig dazu beitragen können, den Blick auf die oftmals sehr prekäre Lage von Arbeitsmigranten zu richten.

Stattdessen drehen sich die offiziellen Debatten vor allem um den rechtswidrigen Charakter des Streiks und die Notwendigkeit, solchen Aktionen mit aller gebotenen Schärfe zu begegnen. Die Arbeitserlaubnisse von 29 der an dem Streik beteiligten Fahrer wurden gleich nach der Festnahme durch die Polizei aufgehoben. Am 2. Dezember mussten die betroffenen Fahrer dann in ihre Heimat zurückkehren.

Fünf weitere Busfahrer wurden für ihre Streikteilnahme strafrechtlich belangt und erwarten zum Teil hohe Haft- und Geldstrafen. Bao Feng Shan, einer der Angeklagten hat sich bereits schuldig erklärt, seine Kollegen zur Arbeitsniederlegung aufgefordert zu haben und wurde vom Gericht zu sechs Wochen Haft verurteilt. Auch ihm droht nach Verbüßung der Haftstrafe die Ausweisung.

Den verbleibenden vier Angeklagten stellte das Gericht in Aussicht, gegen eine Kaution von 10.000 Singapur-Dollar bis zur Verhandlung aus der Untersuchungshaft entlassen werden zu können. Doch es ist wenig wahrscheinlich, dass die Männer solch hohe Kautionszahlungen werden aufbringen können.

Menschenrechtsorganisationen haben zu Recht gegen das strafrechtliche Vorgehen gegen die streikenden Busfahrer aus China protestiert und die Regierung Singapurs aufgefordert, die fundamentalen Rechte der Arbeiter auf Versammlungsfreiheit und Streik zu achten. Der Stadtstaat gehört zu den Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation

ILO und hat sich damit verpflichtet, entsprechende Standards einzuhalten. Dazu gehören auch die *ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work* und die 1998 verabschiedeten *ILO Principals Concerning the Right to Strike*.

Organisationen wie das *Asian Forum for Human Rights and Development* (Forum-Asia) – ein Zusammenschluss von insgesamt 46 Menschenrechtsorganisationen aus 17 Ländern Ost-, Süd- und Südostasiens mit Sitz in Bangkok (www.forum-asia.org) – fordern die Regierung daher eindringlich dazu auf, die bestehenden internationalen Bestimmungen einzuhalten und Beschäftigten ihre grundsätzlichen Rechte als Arbeiter zu gewähren. Als ein Land mit einem der höchsten Anteile an Arbeitsmigranten an der Gesamtzahl aller Beschäftigten hat der Stadtstaat darüber hinaus eine besondere Verpflichtung, vor allem auch die Rechte von Migranten zu schützen. Dazu hat sich Singapur mit der Unterzeichnung der ASEAN-Erklärung zum Schutz der Rechte von Arbeitsmigranten 2006 verpflichtet. In der Realität spielen solche Verpflichtungen aber nur eine sehr geringe Rolle.

In der Rückschau werden der Streik und die anschließende Kriminalisierung seiner Protagonisten nur ein weiteres Beispiel für die Unterdrückung fundamentaler Arbeitnehmerrechte in Singapur sein, welche die im Stadtstaat beschäftigten Arbeitsmigranten insofern besonders trifft, als ihnen damit jede Chance genommen ist, ihre schlechte Einkommens- und Arbeitssituation zu verbessern. Der *staatliche Gewerkschaftsverband* NTUC wird ihre Interessen kaum vertreten und ohne schlagkräftige Interessenvertretung wird es auch zukünftig in der Hand einiger weniger Mutiger liegen, durch Aktionen wie den spontanen Streik der chinesischen Busfahrer Ende November 2012 auf die Missstände im Land hinzuweisen.